

**Dieter Weiland**

## **Die GGG von 1993-1999**

Der folgende teil des Rückblicks auf die Geschichte der GGG im Zeitraum meines Vorsitzes von 1993 bis 1999 orientiert sich an den Bundeskongressen, die der Verband in diesen Jahren veranstaltete:

- 1995 - Gesamtschule-Schule der Vielfalt  
in Rödinghausen / Nordrhein-Westfalen
- 1997 - Gesamtschulen fordern heraus  
in Wörrstadt / Rheinland-Pfalz
- 1999 - Gesamtschulen – Traditionen und Widersprüche  
in Berlin

### **Schule der Vielfalt**

„Sie (die Leverkusener Beschlüsse) forderten einen einheitlichen, gleiche Berechtigungen vermittelnden Abschluss der Sekundarstufe I, ... , eine inklusive Förderung von Schülerinnen und Schülern mit partiellen Leistungsschwächen, Verzicht auf die Schuljahreswiederholung, soziales Lernen in allen Fächern und die Überwindung der äußeren Leistungs differenzierung.“

Dies sei „die visionäre Ausrichtung“ der GGG seit den sogenannten Leverkusener Beschlüssen von 1973 gewesen, schreibt Joachim Lohmann in seinem Rückblick auf die ersten 20 Jahre des Verbandes.

Ich bezweifle sehr, dass diese Aussage zutrifft. Die GGG war schon um 1980 ein Verband mit ca. 4000 Mitgliedern, darunter ganz überwiegend Gesamtschullehrer-Innen und Leitungen von Gesamtschulen. Hätte auch nur eine nennenswerte Anzahl dieser Menschen die oben beschriebene „Vision“ als Leitidee der Gesamtschule gehabt und auch nur in Ansätzen entsprechend gehandelt, dann hätte die Gesamtschulrealität nicht eine so völlig andere sein können. Bis weit in die 1990er Jahre blieben die Struktur, die Pädagogik und Didaktik fast aller Gesamtschule in Deutschland vom Prinzip der äußeren Differenzierung geprägt. Als die Bundesländer 1982 die Beschlüsse zur gegenseitigen Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse fassten, schrieben sie allen Gesamtschulen die Niveau-Kurs-Differenzierung in den entscheidenden Fächern vor. Dass dies den Schulen als Korsett aufgezwungen wurde, welches die Entwicklung einer gesamtschulspezifischen Pädagogik be- und verhinderte, ist nur ein teil der Wahrheit. Für die allermeisten Schulen beschrieben die Vorgaben lediglich ihre Praxis und ihre Realität. Es gab 1982 nur eine handvoll Schulen, die zu diesem Zeitpunkt überzeugende alternative Strukturmodelle entwickelt hatten, und diese wurden ja dann auch auf einer „Ausnahmeliste“ anerkannt. Die Niveau-Kurs-Differenzierung galt bis weit in Gesamtschul- und GGG-Kreise hinein als Alleinstellungsmerkmal und Gütesiegel der Gesamtschulen. Erst sehr, sehr spät begann die Erkenntnis zu dämmern, dass man sich mit der dauerhaften Sortierung der SchülerInnen nach Lernleistung in Kursen oder Zweigen den Kern des gegliederten Schulwesens als trojanisches Pferd in die eigenen Schulen geholt hatte. Aus der intra-schulischen Selektion – der Sortierung der SchülerInnen in ungleichwertige Schulformen – war lediglich eine inner-schulische Sortierung geworden, die z.T. noch schärfer gehandhabt wurde als im gegliederten Schulwesen. Der Begriff der Differenzierung war unverändert der des Sortierens von

Schülergruppen. Dass Differenzierung möglicherweise keine Sache des Sortierens von Schülergruppen sei, sondern im Kern die Sache einer differenzierten Einstellung zu SchülerInnen und ihren Lernprozessen, das war eine verdammt späte Erkenntnis in Gesamtschulen und in der GGG. Bei dieser Feststellung sind zwei andere Elemente der oben genannten „Vision“ noch nicht berücksichtigt:

- Den „gleiche Berechtigungen vermittelnden Abschluss der Sekundarstufe I“ hat es bis heute nirgendwo auch nur in Ansätzen gegeben.
- Die „inklusive Förderung von Schülerinnen und Schülern mit potentiellen Leistungsschwächen“ gab es im Zusammenhang mit Gesamtschulen nicht einmal dem Begriff („Inklusion“) nach; eine entsprechende Praxis erst recht nicht. Im Gegenteil: Die Aufnahmebedingungen fast aller Gesamtschulen schlossen die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen mit Lern- und sonstigen Behinderungen ausdrücklich aus.

Der erst, systematische Versuch, die Gesamtschule neu zu denken, ihre Struktur und ihre pädagogisch/didaktische Arbeit so zu gestalten, dass man von einem gemeinsamen Leben und Lernen in einer gemeinsamen Schule erst reden konnte, war das Team-Kleingruppen-Modell (TKM), das im Kern ein gelingendes soziales Miteinander der verschiedenen zur zentralen Voraussetzung gelingender Lernprozess machte. Die GGG hat die Entwicklung und die Verbreitung der Grundgedanken dieses Konzeptes gestützt und gefördert. Konsequenterweise wurde es allerdings – trotz seiner überzeugenden Ergebnisse und seiner verblüffenden Ähnlichkeit zu heutigen nationalen und internationalen Musterschulen mit individualisierter und differenzierter Lernkultur – nur an ganz wenigen Gesamtschulen „der zweiten Generation“, so in Köln-Holweide und Göttingen-Geismar.

1993 erschien das Buch „Pädagogik der Vielfalt“ von Annedore Prengel. Im Kern geht es der Verfasserin um die Entwicklung **demokratischer** Gleichheitsvorstellungen, die Gleichheit als **Gleichwertigkeit** des **Differierenden** begreifen und um die Konzeption einer daraus folgenden pädagogischen Arbeit, in der die Gemeinsamkeit höchst unterschiedlicher Kinder und Jugendlicher nicht mehr als Belastung für Schule und Unterricht gesehen wird, als zu minimierendes Problem, sondern als Bereicherung und Chance, die es zu nutzen gilt.

Diese Überlegungen mussten vor allem Grundschulen und Gesamtschulen elektrisieren, die sich ja in einem besonderen Spannungsverhältnis von Gleichheit und Differenz befinden. Es gelang, Annedore Prengel für das Grundsatzreferat beim Bundeskongress 1995 in Rödinghausen zu gewinnen. In beeindruckender Weise entwickelte sie hier ihre Theorie, bezog sie auf die Gesamtschulen und skizzierte in sechs Schwerpunkten eine spezifische Gesamtschulpädagogik als Pädagogik der Vielfalt in der Gesamtheit. Der Rödinghauser Kongress zeigte anschließend in nicht weniger als 21 Lernwerkstätten, wo sich in deutschen Gesamtschulen (und Grundschulen) schon Elemente einer Pädagogik und Didaktik der Vielfalt im konkreten Schulalltag entwickelt hatten. Theorie und praktische Beispiele waren in einem Maße reichhaltig und zukunftsweisend, dass sie auch heute – 15 Jahre später – für die Entwicklung einer individuellen Lernkultur beispielhaft sind. Dokumentiert sind sie im Band 50 der „Blauen Reihe“ der GGG.

### **Gesamtschulen fordern heraus**

lautete das Motto des Bundeskongresses, den die GGG 1997 in Wörrstadt in Rheinland-Pfalz veranstaltete. Die „Herausforderung“ war zunächst nach innen gerichtet: ein Appell an alle Gesamtschulen, ihre Ziele, ihr Programm und ihr Profil (wieder) am gesellschaftlichen Auftrag auszurichten (Abbau sozial bedingter Ungleichheiten in Schule und Erziehung und Bürgerrecht auf Bildung als Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie).

Der Kongress sollte die Kollegien älteren Gesamtschulen nach Jahren der „Konsolidierung“ und Entpolitisierung ebenso zu einer politischen Selbstverständigung herausfordern wie die Kollegien der jüngeren Gesamtschulen, die ihre Schule „nur“ pädagogisch als Alternative zur traditionellen Schule begreifen.

Nach außen gerichtet bestand die „Herausforderung“ in einer demonstrativen Verortung der pädagogischen Arbeit der Gesamtschulen und der GGG in sozialpolitische und historische Zusammenhänge.

Schon anlässlich einer Großdemonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen den Abbau des Sozialstaates und für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Juni 1996 hatte sich die GGG in einer Grußadresse mit den Forderungen des DGB solidarisch erklärt und insbesondere auf den Zusammenhang zwischen einer Politik der Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft und einem zergliederten, selektiven Schul- Bildungswesen, das diese Spaltung legitimiert und fördert, hingewiesen. Folgerichtig wurde für die Grundsatzrede beim Wörrstadter Bundeskongress die stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB gewonnen. Das Thema der Rede: Der Abbau des Sozialstaates führt in eine andere Republik.

„Wenn aber der Staat“ – so hieß es im Einladungstext zur Eröffnungsveranstaltung – „nur noch die größten Ungerechtigkeiten abmildern soll, dann tritt an die Stelle des Postulats der Gleichheit aller Bürger eines Staates jenes der Freiheit für wenige. Die Politik einer „staatlichen Reichtumspflege“ höhlt republikanische Grundsätze (bürgerliche Freiheitsrechte, soziale Grundrechte und politische Beteiligungsrechte) aus, indem sie immer größeren Gruppen die materiellen Grundlagen zur Realisierung dieser Prinzipien entzieht.“

Der Kongress bemühte sich im weiteren Verlauf auch um die **historische** Einordnung der Idee einer gemeinsamen Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen und spannte dabei einen Bogen von der Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution bis zum Grundgesetz der Bundesrepublik. Zum festlichen Abschluss der Eröffnungsveranstaltung zogen die etwa 400 Teilnehmer ins Freie und errichteten auf dem Schulgelände einen Freiheitsbaum mit der Widmung:

„Errichtet in der IGS Wörrstadt am 8. Mai 1997 von der Gemeinnützigen Gesamtschule GGG aus Anlass des Bundeskongresses 1997 zur Mahnung an die Ziele der Republik und deren Verwirklichung im Schulwesen.“

Alle Beteiligten konnten dann die „Wörrstadter Proklamation“ unterschreiben, die mit folgendem Absatz beginnt:

„1. Wir – die Mitglieder der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule – begreifen die deutsche Bildungs- und Schulgeschichte als Ausschnitt und Ausdruck des Prozesses gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Wir erkennen die Richtung dieses Prozesses im Kampf um die Liberalisierung und Demokratisierung von Bildungschancen im öffentlichen Schulwesen, im Kampf um das Bürgerrecht auf Bildung für alle.“

Es folgt in 9 weiteren knappen, pointierten Punkten die Gesamtschulposition der GGG, so etwas wie eine „GGG-Verfassung“.

Diese Proklamation wurde in der Folgezeit von einigen tausend Menschen unterschrieben. Sie wurde zusammen mit einem Modell des Freiheitsbaumes den 16 Kultusministern und Schulsenatoren der Bundesländer durch Delegationen der Landesverbände übergeben.

## Traditionen und Widersprüche

„Diese Möglichkeit, Gesamtschulforderungen aus der Tradition des liberalen Bürgertums zu begründen und sich dabei auf die Argumente pädagogischer Klassiker berufen zu können, gab meinem reformpädagogischen Engagement ein felsenfestes Selbstbewusstsein. Die folgende These von Adalbert Rang (1968) konnte ich mir uneingeschränkt zu eigen machen:

'Mit der Planung und Gründung von Gesamtschulen realisieren wir heute, was vor über anderthalb Jahrhunderten, als die moderne bürgerliche Gesellschaft sich ökonomisch und zum Teil auch schon politisch zu konstituieren begann, von den damals avanciertesten Pädagogen und Politikern nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland bereits intendiert wurde.'

Jetzt endlich, so meinte ich damals, werde die historische Rückständigkeit des bundesdeutschen Schulsystems für jedermann offensichtlich sein ...“

Das schreibt der Pädagoge und Experte für die deutsche Schulgeschichte Hans-Georg Herrlitz im 2003 erschienenen Grundlagenband „Die Gesamtschule“ (herausgegeben von den GGG-Mitgliedern Herrlitz, Weiland, Winkel). In der Tat: Liest man die acht dokumentierten Quellentexte von der preußischen Bildungsreform am Anfang des 19. Jahrhunderts bis zu den Empfehlungen des deutschen Bildungsrates zur Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen von 1969, dann stellt man mit einiger Verblüffung fest, dass die Idee einer gemeinsamen Erziehung der Kinder und Jugendlichen fester Bestandteil modernen pädagogischen Denkens über mehr als 200 Jahre ist. Das „felsenfeste Selbstbewusstsein“, das sich aus solchem historischen Wissen ergibt, ist auch heute der GGG und allen Gesamtschulfreunden zu wünschen. Deshalb ist es richtig und wichtig, sich der eigenen Tradition immer wieder zu vergewissern. Der Kongress in Würzburg, bei dessen Eröffnung die erwähnten Quellentexte eine Rolle spielten, war ein Beitrag dazu.

Schon einige Jahre vorher hatte die GGG 1994 ihren 25. Geburtstag gefeiert. Bei der Geburtstagsfeier in Berlin hatten drei Gesprächsrunden unter der Moderation bekannter Journalistinnen (Jutta Wilhelmi, Jutta Roitsch, Sabine Gerbaulet) über den „Aufbruch“, die „Erfahrungen“ und die „Horizonte“ der Gesamtschulidee in Deutschland diskutiert. Jede Runde war prominent besetzt mit Gesamtschulmüttern und –vätern (u.a. Carl-Heinz Evers, Hildegard Hamm-Brücher), mit Bildungspolitikern (u.a. Horst von Hassel, Hartmut Holzappel, Sybille Volkholz), mit Wissenschaftlern (u.a. Wolfgang Klafki, Carl-Ludwig Furck) und nicht zuletzt SchülerInnen (u.a. Andreas Köpke, Dörte Gudjohns) und Eltern. Ebenfalls zu diesem Geburtstag wurde eine Wanderausstellung eröffnet, in der auf großformatigen Tafeln (150 cm x 200 cm) an Beispielen von zwölf deutschen alten und neuen Gesamtschulen die Entwicklung der Konzeption und der Struktur von Gesamtschulen verdeutlicht wird.

Der Bundeskongress von 1999 in Berlin hatte das Motto: „Gesamtschulen – Traditionen und Widersprüche“. Die TeilnehmerInnen waren zu Gast am historischen Ort, der Berliner Fritz-Karsen-Schule, die in diesem Jahr ihr fünfzigjähriges Bestehen feierte. Die Schule ist die älteste Gesamtschule in Deutschland, ein Solitär aus jener kurzen Reformphase nach dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur und vor Beginn des Kalten Krieges. Tagungsort und besonders der Namensgeber der Schule, Fritz Karsen, waren Anlass und Ansporn, sich die Traditionslinien im 20. Jahrhundert bewusst zu machen, die von der Schulreform der Weimarer Republik (die immerhin das erste Stück Gesamtschule, nämlich die Grundschule, durchgesetzt hat) bis zum Aufbruch der Bildungspolitik in den 1960er Jahren führen. Die aus New York angereiste Tochter Fritz Karsens, Professor Dr. Sonja Karsen, war Teilnehmerin einer Diskussionsrunde. Sie hatte in den 1930er Jahren noch die Reformschule ihres Vaters, die Karl-

Marx-Schule, in Berlin, besucht, eine „elastische Einheitsschule“ mit reformpädagogischem Konzept vom Kindergarten bis zu den sogenannten Arbeiterbildungskursen. – Auch die große Eröffnungsrede von Günter Grass „Der lernende Lehrer“ war ein eindrucksvolles Gesamtschulplädoyer auf biografischem Hintergrund (verbreitet durch die Wochenzeitschrift DIE ZEIT und dokumentiert im Heft 52 der „Blauen Reihe“ der GGG.

Von Traditionen und Kontinuitäten in der GGG- und Gesamtschul-Arbeit habe ich gesprochen, von Widersprüchen und Brüchen wäre ebenso zu reden. Im Rahmen dieses Teils des Rückblicks fehlt der Platz. Deshalb zum Schluss nur einige Sätze zum Hauptwiderspruch, den die GGG auszuhalten hatte und auszuhalten hat. Er besteht in der schlichten Tatsache, dass alle Reformversuche in Richtung auf eine gemeinsame Schule für alle in Deutschland bisher gescheitert sind, am Übergang vom Kaiserreich zur Republik ebenso wie nach der Niederlage der Nazi-Diktatur oder beim Reformaufbruch der 1960er Jahre. Überall, wo Gesamtschulen zugelassen wurden, sind sie lediglich ergänzende, nirgendwo ersetzende Schulform.

„Strategische Schwächen“ attestierte Joachim Lohmann in seinem Rückblick auf die ersten 20 Jahre in der GGG in Bezug auf ihre Haltung in diesem Widerspruch. Und zwar deshalb, weil sie allen Zwischenschritten gegenüber, die in den letzten 40 Jahren geplant oder versucht worden seien, auf Distanz geblieben sei und nie eigene Zwischenschritte hin zu einer gemeinsamen Schule für alle entwickelt habe. Ich sehe dies anders:

Nichts dagegen, wenn die GGG alle Versuche im Lande unterstützt, mehr gemeinsames Lernen zu ermöglichen (Orientierungsstufe, sechsjährige Grundschule, Stadtteil- oder Gemeinschaftsschule etc.), aber alles dagegen, wenn vor lauter Identifikation mit Zwischenschritten (z. B. mit dem „Zweisäulenmodell“ welcher Art auch immer) die klare Zielsetzung einer gemeinsamen Schule für alle Kinder und Jugendlichen in der Sekundarstufe I aus dem Blick gerät oder auf unabsehbare Zeit auf der Strecke bleibt.

Die GG hat gut daran getan, allen Versuchen gegenüber Distanz und Zurückhaltung zu bewahren, die im Kern auf die Beibehaltung der Trennung der SchülerInnen in ungleichwertige Bildungsgänge in der Sekundarstufe I hinaus laufen. Hier „Bedenkenträger“ gewesen zu sein (und hoffentlich zu bleiben) und damit die Debatte im entscheidenden Punkt offen zu halten, das hat nichts mit „strategischer Schwäche“ zu tun, das ist ein großer Verdienst unseres Verbandes. Ins Zentrum der gesellschafts- und bildungspolitischen Auseinandersetzung gehören nicht „Zwischenschritte“ - welcher Art auch immer – sondern die eine Schule für alle als Schule der Vielfalt in der Gemeinsamkeit.

## **Dank**

Ohne den ehrenamtlichen Einsatz vieler Mitglieder der GGG, insbesondere der Mitglieder in den Landesvorständen und im Bundesvorstand wäre der Erfolg der GGG auch in den 1990er Jahren nicht denkbar. Stellvertretend möchte ich einigen Menschen besonders danken: Ursula Dörger war in diesen Jahren so etwas wie der gute Geist des Verbandes. Sie hat mit ihrer klugen, ausgeglichenen, charmanten Art für Kontinuität der Verbandsarbeit gesorgt, und ihre Verbindungen zu Kultusministerien, zu Parteien und Verbänden waren unentbehrlich. Christoph Heuser hat in diesen Jahren die Bundesarbeitsgruppen betreut, die Bundeskongresse und vor allem die Arbeitsgruppen und Lernwerkstätten bei den Kongressen maßgeblich geplant, strukturiert und begleitet. Sein früher Tod war ein schlimmer Verlust. Andreas Köpke hat mit viel Energie und großem Erfolg die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes betrieben, den GGG - Kontakten und der „Blauen Reihe“ ein zeitgemäßes Gesicht gegeben. Nicht zuletzt hat die Arbeit der ehrenamtlichen Geschäftsführer Hermann Pape und Adalbert Goldbach der Verbandsarbeit ein solides ökonomisches Fundament gegeben.